

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/206

Bonn, den 29. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Festigkeit trotz Nervenkrieg 65

Alles abwehren, was eine Schmälerung der Position Berlins
bringen könnte

Von Kurt Mattick, MdB, Berlin

2 Frankreichs Linke in der Krise 39

Ungewißheit vor dem Parteitag der Sozialisten

Von Dr. Hans Apel, MdB

3 "Kein Neokolonialismus" 44

Gute Zusammenarbeit Europa - Afrika

Von Ludwig Metzger, MdB,

Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments

4 Spionage und Selbstmorde 36

Beunruhigte Öffentlichkeit

SELBSTBESTIMMUNG UND BEINGLIEDERUNG bringt heute:

Menschenrechte für die Deutschen in Ostdeutschland
Element der demokratischen Stabilität
Eigenes Glück nicht auf fremdem Unglück gründen
Rechtsforderungen allein genügen nicht
Integration des politischen Potentials der Vertriebenen
Zur Finanzierung des Leistungsgesetzes
Verbesserungen des Reparationschädengesetzes
Danzigs Kirche in Bedrängnis

*

*

Festigkeit trotz Nervenkrieg

Alles abwehren, was eine Schmälerung der Position Berlins
bringen könnte

Von Kurt Mattick, MdB, Berlin

In dieser Woche treten in Berlin gewohnheitsmäßig Fraktionen und Ausschüsse des Bundestages zusammen. Gewohnheitsmäßig. Wie immer die SED-Führung in Pankow die Stellung Berlins zur Bundesrepublik zu sehen wünscht: es der Stadt abzusprechen, in ihren Mauern zu beherbergen, wenn diese für wünschenswert und richtig hält, ist schon ein Grad von Bevormundung, der selbst mit einer freien, unabhängigen Stadt nicht zu vereinbaren wäre, und ist ein kleiner Hinweis auf den Begriff "freie Stadt", den uns die SED-Führung verschreiben möchte.

Nach der Begründung des Einmarsches in die CSSR kann man die Proteste der SED gegen Westberlin nicht anders sehen als eine weitere Ausdehnung des anmaßenden Machtanspruches, der in den letzten Wochen so offen begründet wurde.

Berlin liegt nicht auf dem Territorium der DDR, Berlin liegt auf eigenem souveränem Boden, der von dem Gebiet der DDR eingeschlossen ist. Das Gebiet Westberlins gehörte nie zum Besatzungsgebiet der Sowjetunion.

Als die Viermächtevereinbarung praktisch zerbrach, zog sich die Sowjetunion auf ihr Gebiet Ostberlin zurück, versuchte, durch die Blockade Westberlin auszuhungern, und gründete die DDR mit der Hauptstadt Berlin Ost. Berlin West blieb ein Besatzungsraum der westlichen Siegermächte. - Nun will man sich den Teil Berlins hörig machen, der nach 1945 durch echte freie Entscheidung der ganzen Bevölkerung für einen gemeinsamen Entwicklungsprozeß mit Westdeutschland, dem freien parlamentarisch-demokratischen Teil Deutschlands, entschieden hat. Mit dem Bemühen, Berlin vorzuschreiben, mit wem es lebt, ist für alle diejenigen ein brauchbarer Anschauungsunterricht gegeben, die glauben, man könnte die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Stadt durch Verträge und Garantien mit der DDR sichern.

Der freie Zugang, der den Westmächten 1949 noch einmal durch die Sowjetunion zugesichert wurde, ist nicht zu ersetzen und darf nicht in Frage gestellt werden. Hier ist es gut, ein Wort des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz zu erwähnen. Verträge sind nur ein Stück Papier, wenn sie nicht machtpolitisch abgesichert sind.

Nun kann man fragen - wie es einige tun -, ob denn der Streit um

Bundestag, CDU-Parteitag, Bundesversammlung in Berlin durchzuführen, sich lohnt, Komplikationen zu erzeugen. In der Tat kann Berlin auch leben, wenn es keine Sitzungen des Bundestages in Berlin gäbe. Aber glaubt denn im Ernst jemand, dann gibt es Ruhe? Die Entwicklung weist aus, daß die SED-Führung Schritt für Schritt voranzuschreiten gedenkt, um der Stadt den freien Lebenshauch abzuschneiden. Es ist doch nicht das Ziel der SED-Führung, Bundestag und sonstige westdeutsche Institutionen von Berlin fernzuhalten. Das Ziel ist doch eindeutig die Isolierung Berlins gegenüber dem Westen, bis die Stadt machtpolitisch greifbar wird.

In den letzten Wochen wurde in Moskau und Ostberlin durch Presse und Funk die sowjetische Doktrin sehr begründet, daß das sozialistische Lager keine nationale Abweichung zulassen wird. Wie hart das gemeint ist, hat der Einmarsch in die CSSR bewiesen. Will man diesen Anspruch jetzt auf Westberlin ausdehnen? Der syrische KP-Chef schreibt dazu: Die Verteidigung der sozialistischen Ordnung unter Anwendung jedweder Maßnahmen sei wichtiger als die Achtung vor nationalen Gefühlen. Davon ausgehend, daß die SED-Führung durch die Freiheit Westberlins ihre "sozialistische Ordnung" gefährdet sieht, sind die Schlussfolgerungen ziemlich leicht zu ziehen. Das westliche Lager wird, will und kann diesen Anspruch, diese Anmaßung im eigenen Bereich nie erheben und praktizieren. Aber das westliche Lager wird und muß in Solidarität seine eigene Macht dort in die Waagschale werfen, wo der Wille der Menschen eindeutig durch freie Entscheidung den Standort festgelegt hat und durch sein Verhalten für Europa sowie für das freie Deutschland auch erhebliche Leistungen mit eingebracht hat. Darum gibt es keine andere Lösung, als den Status quo für Westberlin zu erhalten, bis eine wirklich neue Situation eine Lösung in großem Rahmen möglich macht.

Keine Herausforderung an die Sowjetunion unsererseits, keine Beiträge zur Erhöhung der Spannung, aber auch keine Schwächung zulassen. Da der Weg noch lang sein wird, muß man alles abwehren, was eine Schwächung der Berlin-Position mit sich bringt, die auf eine schiefe Ebene führt.

+ + +

Frankreichs Linke in der Krise

Ungewißheit vor dem Parteitag der Sozialisten

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die demokratische Linke Frankreichs befindet sich in einer Krise, aus der es zurzeit keinen Ausweg zu geben scheint. Nach den Hoffnungen, im Zuge der Mai-Unruhen den Gaullismus überwinden zu können, mußte das Wahlergebnis mit seinem vernichtenden Ausgang für die französische Opposition die Existenz der nicht-kommunistischen Linken selbst infrage stellen.

Hatten die ersten Wochen nach den Juni-Wahlen bei manchem den Wunsch bestärkt, stärker noch als bisher die Aktionseinheit mit den Kommunisten zu suchen, so brachte der 21. August mit dem Einmarsch der Sowjets in die CSSR eine weitere Zäsur. Die französischen Kommunisten wurden in sich zunehmend uneins in der Beurteilung der Ereignisse, vor allem aber in den sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen.

Die französische demokratische Linke - verbunden in der "Fédération de la Gauche Démocratique et Socialiste" - strebt auseinander. Insbesondere die Sozialisten sind sich nicht einig, wohin die Reise gehen soll. Soll eine neue, mehr sozialdemokratische Partei gegründet werden, die auch für linksliberale und katholische Elemente der französischen Politik attraktiv wäre? In diese Richtung streben Gaston Defferre und seine Freunde. Soll im Gegenteil eine links-sozialistische Partei geschaffen werden, die die Zusammenarbeit mit den Kommunisten erleichtern würde? Oder soll die sozialistische Partei bestehen bleiben?

Die politischen Clubs und die Radikalsozialisten, die beiden kleineren Partner der Sozialisten in der "Fédération", haben ebenfalls unterschiedliche Ziele. Die Clubs wollen den Linkssozialismus in einer neuen Partei, die so strukturiert sein soll, daß die Kader der sozialistischen Partei in ihr zerschlagen werden, um den Intellektuellen der Clubs mehr Einfluß und Manövrierfreiheit zu geben. - Die Radikalsozialisten wollen am liebsten keine neue Partei, da sie befürchten, in einen sozialistischen Sog zu kommen.

Nur eins steht heute fest. Die Tage der "Fédération" sind gezählt. Ihr schlechtes Abschneiden bei den letzten Wahlen und die wachsenden Spannungen zwischen den Mitgliedern spitzen die Lage zu. Wenn es nicht zur Gründung einer Partei kommt, die eine echte politische Alternative zwischen dem Gaullismus und dem Kommunismus bildet, muß erwartet werden, daß der Rückfall in die traditionellen Gruppierungen auf der Linken unvermeidlich wird. Das würde aber unabsehbare Folgen für die Zukunft der französischen Demokratie haben. Eine Vorentscheidung fällt am 2. und 3. November auf dem nächsten Parteitag der französischen Sozialisten.

+ + +

"Kein Neokolonialismus"

Gute Zusammenarbeit Europa - Afrika

Von Ludwig Metzger, MdB,

Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Am 31. Mai 1969 läuft das Abkommen von Jaunde ab, das die Einzelheiten der durch den Vertrag von Rom vorgenommenen Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und 18 afrikanischen Staaten und Madagaskar regelt. Der paritätische Ausschuss der parlamentarischen Konferenz der Assoziation, der aus 18 Abgeordneten der assoziierten Staaten und der gleichen Zahl europäischer Abgeordneter besteht, hat sich jetzt in Brazzaville mit der Erneuerung des Abkommens befaßt.

Die Besprechungen wurden auf Grund eines Berichts des Abgeordneten der Elfenbeinküste, Ebagnitchie, über den vierten jährlichen Tätigkeitsbericht des Assoziationsrates geführt. Einleitend bewertet Ebagnitchie die Assoziation und ihren bisherigen Verlauf. Er schreibt u. a. den politisch bedeutsamen Satz: "Der Erfolg der Assoziation braucht keines Beweises mehr". Der paritätische Ausschuss hat diese Feststellung einstimmig gebilligt.

Wer weiß, welche politischen Kräfte um Afrika ringen, wird eine solche Tatsache schwerlich unterschätzen. Der Assoziationsrat, der sich aus Mitgliedern des Rates der EWG und der Kommission einerseits und je einem Mitglied der Regierungen der assoziierten Staaten andererseits zusammensetzt, hatte sich schon im Juli dieses Jahres über den Abschluß eines neuen Abkommens geeinigt. Der paritätische Ausschuss hat sich in Brazzaville gleichfalls - wiederum einstimmig - für die Erneuerung ausgesprochen. Er hat zwar Verbesserungswünsche, ist aber der Auffassung, daß das neue Abkommen dem Typ des Abkommens von Jaunde entsprechen soll, daß vor allem die institutionellen Bedingungen übernommen werden sollen. Die Laufzeit möchte er von fünf auf sieben Jahre verlängert wissen. Auch darin drückt sich der Wunsch aus, die Assoziation so beständig wie möglich zu gestalten.

In der Pressekonferenz, die den Abschluß der Tagung bildete, hat ein Journalist die Frage gestellt, wie der paritätische Ausschuss zu dem Vorwurf stehe, die EWG treibe gegenüber den afrikanischen Staaten eine Politik des Neokolonialismus. Der Präsident des paritätischen Ausschusses und Vertreter des Landes Mali, Sissoko, gab eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Er betonte, daß sein Land wohl am heftigsten gegen jede Form von Kolonialismus angehe. Gerade deshalb könne er mit besonderer Glaubwürdigkeit versichern, daß in der Assoziation gleichberechtigte Partner in großer Loyalität zusammenarbeiten. Von Kolonialismus könne schlechterdings keine Rede sein.

Diese Äußerungen aus afrikanischer Feder und aus afrikanischem Mund sollten wir angesichts der Beschuldigungen kommunistisch regierter Staaten mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen. Wir sollten uns aber auch unserer besonderen Möglichkeiten und Aufgaben in Afrika für die Zukunft bewußt sein.

Spionage und Selbstmorde

Beunruhigte Öffentlichkeit

sp - Gerüchte, Meldungen und Vermutungen über den Umfang vermeintlicher Spionageaffären in der Bundesrepublik haben zu Recht die deutsche Öffentlichkeit beunruhigt. Widersprüchliche Aussagen über das Funktionieren unserer Sicherheitsorgane haben vielfach auch Zweifel an dem Wert dieser Institutionen aufkommen lassen.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich Bundeskanzler Kiesinger und Vizekanzler Brandt jetzt selbst eingeschaltet haben und daß auch die im Bundestag vertretenen Parteien eine gewissenhafte Untersuchung aller mit diesen im Zusammenhang stehenden Fragen fordern.

Hierbei dürfte es nicht nur um den feststellbaren Geheimnisverrat einzelner Personen gehen, sondern auch um die Klärung der Frage, ob unsere Sicherheitsorgane nicht zu schwerfällig und zu vielgleisig arbeiten und ob nicht schon aus diesem Grunde Änderungen an Haupt und Gliedern erforderlich sind. Die einen sagen, man habe es vielfach mit einer gewissen Kameraderie der Geheimnisträger zu tun, die es den Überwachungsorganen schwer mache, im Verdachtsfall wirkungsvoll einzugreifen. Andere behaupten, die gesamte Konstruktion unseres Sicherheitswesens sei so kompliziert und unübersichtlich, daß im Ernstfall ein schnelles und effektives Eingreifen fast unmöglich sei.

Alle diese Fragen werden zu klären sein. Daß hierbei immer wieder Spekulationen und sogar Verdächtigungen auftauchen, sollte niemanden verwundern. Stets und überall sind Spionagefälle von Geheimnissen umwittert; schon deswegen, weil hierbei meist immer nur halbe Wahrheiten der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden können. Dies liegt nicht am Unvermögen der Geheimnisträger, sondern ergibt sich auch aus dem Umstand, daß allzu breit auf dem Markt ausgetragene Kontroversen über Sicherheitsprobleme natürlich auch von der "anderen Seite" beachtet werden.

So ist es gut, daß die Spitzen des Staates, der Bundeskanzler und der Vizekanzler, sich nunmehr selbst ein korrektes Bild von dem Umfang der Affäre verschaffen wollen, um regelnd eingreifen zu können, wenn untergeordnete Stellen - aus welchen Gründen auch immer - mehr in die Dinge hineingeheimnissen, als unbedingt notwendig ist. Vielleicht wäre es auch gut, wenn Bundesverteidigungsminister Schröder, in dessen Hause jetzt die Puppen tanzen, seinen Urlaub in der Schweiz abbrechen würde, um in Bonn nach dem Rechten zu sehen.